

## Griechenland – Mit Solidarität gegen die Zerstörung sozialer Errungenschaften

1.	2008 bis 2010 – von der internationalen Finanzmarktkrise zur Krise in Griechenland	180
2.	2010 bis 2014 – Fehlerhafte Interpretation der Krise mit fatalen Konsequenzen	182
2.1	2010 – Symptome werden zur Ursache, Vorurteile werden geschürt	182
2.2	Die „Rettung“ Griechenlands	182
2.3	Die sozial- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Krisenpolitik	184
2.4	Politische Entwicklungen	187
3.	Solidarisch gegen sozialen und demokratischen Rückschritt	188
3.1	Klinik der Solidarität – Gesundheit ist ein Recht, keine Ware	189
3.2	Schwarze Bildschirme im öffentlichen Rundfunk (ERT)	190
3.3	VIO.ME – Schicksal in die eigenen Hände nehmen	191
3.4	Bazar without middlemen – We want our life back!	191
3.5	Heterotopia – Andersort	192
3.6	Umweltschutz und Wasserversorgung – Solidarity is our strongest weapon!	192
4.	Resümee	193

*Judith Vorbach*

*Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (WSG) der Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich*

**Auszug aus WISO 1/2014**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
Volksgartenstraße 40  
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

*Nur diese eine Schwalbe kündigt den Sommer an,  
Stürme werden noch kommen, ehe er aufgehen kann.  
Stürme und Fröste und Opfer im geschundenen Land –  
Nötig wie Nahrung ist uns dennoch der Widerstand.*

Dies ist eine freie Übersetzung einer Liedstelle aus dem Oratorium „To Axion Esti“ („Gepriesen sei“) von Mikis Theodorakis, einem berühmten griechischen Komponisten, Schriftsteller und Politiker mit äußerst bewegter Vergangenheit, der inzwischen als Volksheld gilt. Im September 2012 wurde das Lied im Odeon des Herodes Atticus, dem antik-römischen Steintheater auf dem Athener Akropolis-Hügel, vorgetragen. Etwa 5.000 Menschen stimmten in die ihnen vertrauten Lieder ein und sangen gemeinsam gegen die Krise an. Bereits in der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 waren die Lieder von Mikis Theodorakis ein wesentliches Element des Widerstandes.<sup>1</sup>

### **1. 2008 bis 2010 – von der internationalen Finanzmarktkrise zur Krise in Griechenland**

Über Jahre hinweg übertrafen Griechenlands Importe seine Exporte. Das ist die Kehrseite dessen, dass man in anderen Eurostaaten – wie Deutschland oder Österreich – stark auf Exportsteigerungen setzte. Zunächst „ergänzten“ sich diese beiden Strategien. Mit der Zeit wuchsen aber die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen bedrohlich an. Dabei wurde in Griechenland gleichzeitig mit den Gütern und Dienstleistungen auch Kapital importiert, das heißt, man verschuldete sich immer stärker gegenüber dem Ausland. Damit wurde Griechenland auch anfällig für die Finanzmarktkrise, die im Herbst 2008 die Europäische Union erfasste. Ausgelöst wurde sie durch den Preisverfall am US-Immobilienmarkt und den damit einsetzenden Wertverlust der auf Immobilienkrediten basierenden Finanzprodukte, was vor allem europäische Banken massiv traf. Zwischen 2007 und 2008 haben alleine deutsche Banken 11 Prozent der weltweiten Abschreibungen durch die Subprimekrise realisiert.<sup>2</sup> In den Medien überschlugen sich Berichte über Kursstürze, und es stand die Furcht vor einem Ansturm auf Banken und weiteren Dominoeffekten im Raum. Unter dem Eindruck der Gefährdung der Finanzstabilität wurden – vor 2008 kaum vorstellbar – in mehreren Eurostaaten öffentliche Gelder im großen Stil zur

*große Ungleichgewichte in  
Leistungs- und  
Kapitalbilanz*

„Rettung“ von – bis dahin im Allgemeinen äußerst gewinnträchtigen – Finanzinstituten aufgebracht.

Die Stabilisierung des Finanzsektors und die auf die Finanzkrise folgende Wirtschaftskrise führten zu einem abrupten Anstieg der öffentlichen Schulden im Euroraum, nämlich von 66,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2007 auf über 85 Prozent des BIP 2010. Im wirtschaftlich schwachen Griechenland spitzten sich die Ereignisse zu. Waren die öffentlichen Schulden 2007 mit 107 Prozent des BIP im Vergleich zu anderen Eurostaaten überdurchschnittlich hoch, stiegen sie 2010 nochmals auf 148 Prozent des BIP.<sup>3</sup> Aber auch auf der Nachfrageseite nach Staatsanleihen verliefen die Entwicklungen ungünstig. So hielten deutsche und französische Banken einen beträchtlichen Teil aller Auslandsforderungen gegenüber südeuropäischen Staaten, von Griechenland 42 Prozent. Nachdem sie nun selbst unter Druck waren, lösten sie ihre Positionen unter anderem in Griechenland auf. Es kam zu einer Schubumkehr der Kapitalflüsse, einem „Sudden Stop“. Während zuvor die Leistungsbilanzdefizite Griechenlands mittels großzügiger Kreditflüsse finanziert worden waren, wurden diese Gelder im Zuge der europäischen Bankenkrise schlagartig abgezogen.<sup>4</sup>

*Anstieg der öffentlichen Verschuldung Symptom der Krise*

*Schubumkehr der Kapitalströme*

Aber auch weitere mit der Deregulierung der Finanzmärkte einhergehende Phänomene führten in Richtung Eskalation: die Verschleierung der tatsächlichen Finanzlage Griechenlands mittels spezieller Derivate, die plötzliche Abwertung der griechischen Anleihen auf „Ramschqualität“ durch Ratingagenturen und die Möglichkeit, an der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit mittels Kreditausfallsversicherungen (CDS) zu profitieren. Ebenso eine Rolle spielten empfindliche Schwachstellen bei der Konstruktion der Europäischen Währungsunion. Man schloss bei ihrer Gründung aus, dass Staaten füreinander haften (No-Bailout-Klausel) und verbot den Direkterwerb von Anleihen durch die EZB, eine grundsätzlich wichtige geldpolitische Maßnahme im Krisenfall. All dies führte zum extremen Anstieg der Renditen für z.B. 10-jährige griechische Staatsanleihen auf deutlich über 10 Prozent 2010 auf bis zu fast 30 Prozent Ende 2011<sup>5</sup>, was die Refinanzierung für Griechenland über private Finanzmärkte unmöglich machte.

*extremer Anstieg der Refinanzierungskosten*

## 2. 2010 bis 2014 – Fehlerhafte Interpretation der Krise mit fatalen Konsequenzen

### 2.1 2010 – Symptome werden zur Ursache, Vorurteile werden geschürt

*„Beruhigung“  
statt „Bändigung“  
der Finanz-  
märkte*

Die tieferen Wurzeln der Wirtschaftskrise – die äußerst ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen, die Deregulierung der Finanzmärkte und Handels-Ungleichgewichte zwischen den Staaten<sup>6</sup> – werden generell wenig thematisiert. Mit der steigenden öffentlichen Verschuldung geriet die Diskussion über systemische Ursachen noch weiter aus dem Fokus. Stattdessen wurde das Krisensymptom „sprunghaft steigende Staatsschulden“ zur Krisenursache erklärt. Rief man 2009 noch nach einer umfassenden Regulierung und Bändigung der Finanzmärkte, so setzte man ab 2010 zuallererst darauf, die „verunsicherten“ Finanzmärkte mittels Schuldenreduktion bzw. Sparprogrammen zu „beruhigen“.

*Vorurteile und  
Ressentiments*

Gleichzeitig wurden Vorurteile und überwunden geglaubte Ressentiments geschürt, die die GriechInnen generell in ein schiefes Licht rückten. Es entstand der Eindruck, dass die Krise in Europa von Griechenland ausgehen würde. Diskussionen über „die Krise“ schwenkten schnell in oft emotionale Diskussionen über „die Griechen“ um. Unter anderem wurden Attribute, die man unmittelbar zuvor noch mit der Finanzwelt in Verbindung gebracht hatte, pauschal auf die Menschen in Griechenland übertragen. So erklärte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel im Mai 2010 im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt.“ Deshalb wäre nun ein „anspruchsvolles Sparpaket“ umzusetzen.<sup>7</sup> Die im wirtschaftsliberalen Lager angesiedelte Tageszeitung „Die Welt“ titelte im Februar 2010: „Tricksen und Täuschen hat Tradition.“<sup>8</sup> Aber auch in der deutschen Bild-Zeitung sparte man nicht mit markigen Sprüchen, wie zum Beispiel: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!“<sup>9</sup> Auch in Österreich wurde ein rauer Ton angeschlagen. Die ehemalige Finanzministerin Maria Fekter attestierte: „Die Griechen sind aus der Hängematte geflogen und müssen jetzt einmal aufstehen.“<sup>10</sup>

### 2.2. Die „Rettung“ Griechenlands

Im Mai 2010 erhielt Griechenland Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europartnerstaaten in Höhe von

110 Mrd. Euro. Es folgte das Griechenlandpaket II in Form von Haftungsübernahmen über das neu eingerichtete Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) in Höhe von 109 Mrd. Euro. Daneben kam es unter anderem zu einer Reduktion von Zinsen und einer Verlängerung von Laufzeiten. Im Zuge dieser Maßnahmen gingen immer mehr Forderungen von privaten Institutionen auf die öffentliche Hand über. So stieg der Anteil der öffentlichen Forderungen an Griechenland von Null im Jahr 2010 auf 81 Prozent im Jahr 2013. Der stellvertretende Direktor des IWF, Hugh Bredenkamp, zog angesichts dessen den Schluss: „Unsere Erfahrungen zeigen, dass Umschuldungen oft zu gering ausfallen und zu spät kommen.“ Das behindere nicht nur die wirtschaftliche Erholung in den Krisenländern, sondern dadurch bekämen auch private Inhaber von Staatsanleihen die Chance, die Last auf die Steuerzahler abzuwälzen.<sup>11</sup> Die Debatte um einen Schuldenschnitt ist bis heute Thema. Weitere Initiativen konzentrierten sich auf die Unterstützung von Banken. Tatsächlich „beruhigten“ sich die Finanzmärkte erst mit der Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi im September 2012, dass die Europäische Zentralbank (EZB) „als wirksamer Schutzschild für die Eurozone gegen die Stürme an den Märkten“ unbegrenzt Anleihen von Staaten kaufen würde.

*Maßnahmen zur Stabilisierung ...*

*... gebunden an ...*

Die Leistungen aus den Griechenlandpaketen sind an drastische Auflagen geknüpft. Griechenland muss „Strukturreformen“ umsetzen, die von der Troika, die sich aus ExpertInnen aus der EZB, der Europäischen Kommission und des IWF zusammensetzt, vorgegeben werden. Auf Basis der Berichte der Troika wird von den Vertretungen der Staaten die Entscheidung über die Auszahlung der einzelnen Kredittranchen gefällt. Dabei betreffen die „Empfehlungen“ der Troika mitnichten nur die Rücknahme befremdlich klingender „Privilegien“ oder die Bekämpfung von Korruption, worüber hierzulande breit berichtet wird, oder konzentrierten sich zuallererst auf die Regulierung von Banken. Schon gar nicht geht man die Besteuerung hoher Vermögen entschlossen an. Vielmehr werden im Klima der nationalen Ressentiments kaum dagewesene Vorgaben zur Kürzung des Staatshaushaltes gemacht, und damit wird die breite griechische Bevölkerung extrem belastet.

*... Vorgaben zu drastischen Kürzungen des Staatshaushalts ...*

So kommt es zu massiven Einschnitten bei der Altersvorsorge, unter anderem zu Kürzungen von Pensionen um 30 Prozent und zur Erhöhung des gesetzlichen Antrittsalters von 65 auf

*... in den  
Bereichen  
Soziales und  
Gesundheit*

67 Jahre.<sup>12</sup> Das Arbeitslosengeld wurde von 461 Euro auf 322 Euro gesenkt.<sup>13</sup> Dieses gibt es maximal ein Jahr, danach sind die Menschen auf sich selbst gestellt und verlieren damit auch ihre Krankenversicherung. Der Gesundheitsetat wurde im Jahr 2009 von 24 Mrd. auf 16 Mrd. Euro zusammengeschrumpft. Der Internationale Währungsfonds gab vor, dass nur noch 6 % des BIP für Gesundheit ausgegeben werden dürfen. Es folgte eine Welle von Schließungen im Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge.<sup>14</sup> Ebenso wurden Selbstbehalte erhöht und Medikamente nur noch gegen Barzahlung ausgegeben. Weitere Vorgaben der Troika beziehen sich beispielsweise auf Privatisierungen (etwa der Wasserversorgung) und die Erhöhung von Verbrauchssteuern.

*starke Belastung  
der Arbeitneh-  
merInnen*

Im Zuge der Kürzungen im öffentlichen Bereich fielen bis 2014 150.000 Arbeitsplätze weg, und es kam zwischen 2010 und 2013 zu realen Gehaltseinbußen von im Durchschnitt 40 Prozent. Weiters missachtete die Regierung den gemeinsamen Willen von Unternehmensverbänden und der Gewerkschaft und setzte den nationalen Kollektivvertrag außer Kraft, mit dem die Mindestlöhne in der Privatwirtschaft festgelegt waren, indem sie eine Kürzung der Mindestlöhne um 22 Prozent (für unter 25-Jährige gar um 31 Prozent) verordnete. Zusätzliche Einschnitte auf Kosten der ArbeitnehmerInnen sind die Erhöhung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Ausbau atypischer Beschäftigung, die Verlängerung von Probezeiten, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und Erleichterungen von Massenentlassungen. Weitere Aushöhlungen der Kollektivvertragssysteme beziehen sich auf die Dezentralisierung des Lohnfindungsprozesses bis auf betriebliche Ebene oder die Zulassung alternativer Repräsentationsorgane.<sup>15</sup> Seit Beginn 2013 werden gesetzlich geregelte und per Lohnsteuer eingehobene Mitgliedsbeiträge nicht mehr an die Gewerkschaft weitergereicht. Ein schwerwiegender Tabubruch war es auch, als im Frühjahr 2013 Streikbewegungen mittels Notstandsverordnungen aus der Militärdiktatur niedergeschlagen wurden. Es kam zu Polizeigewalt, und an die Streikenden ergingen Einberufungsbefehle.

### **2.3 Die sozial- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Krisenpolitik**

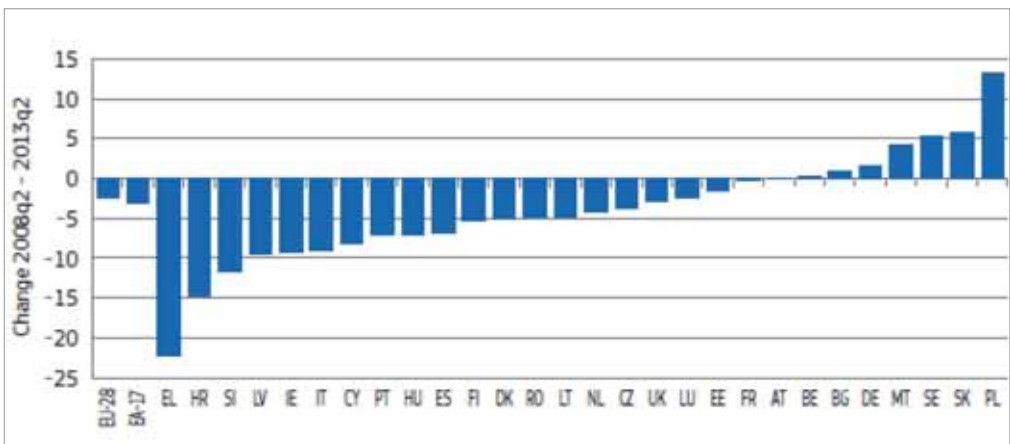
Der Terminus „Rettungsschirm für Griechenland“ erweckt den Eindruck, dass die Gelder unmittelbar den GriechInnen zugute kommen. Dies ist ein Trugschluss, denn mehr als drei Viertel der

eingesetzten Gelder landeten direkt oder indirekt am Finanzsektor: 28 Prozent bei griechischen Banken und fast 50 Prozent bei ausländischen Gläubigern. Nur maximal 22 Prozent flossen in den griechischen Staatshaushalt.<sup>16</sup>

Aufgrund der rigorosen Ausgabenkürzungen bei gleichzeitig schwacher Wirtschaftsentwicklung schrumpfte das griechische Bruttoinlandsprodukt seit 2008 um etwa ein Viertel. Die Minderausgaben des Staates gingen einher mit Minderausgaben der Haushalte und einer Reduktion der Investitionen. Nachfrageausfall und Einkommensausfall schaukelten sich gegenseitig hoch. Griechenland (EL) verzeichnete damit im Vergleich zu den anderen EU Staaten die negativste wirtschaftliche Entwicklung.<sup>17</sup>

*drastischer  
Einbruch der  
Wirtschafts-  
leistung*

*Veränderung des Bruttoinlandsproduktes seit 2008 in den EU-Mitgliedsstaaten*



Quelle: Bericht zur sozialen Entwicklung und Beschäftigung 2013 der Europäischen Kommission, S. 34

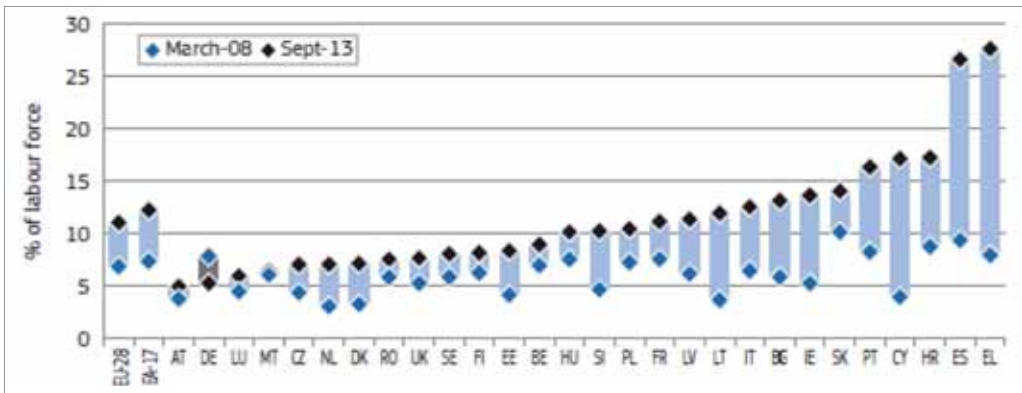
In Folge der Wirtschaftsflaute schrumpften auch die öffentlichen Einnahmen, da somit weniger Steuereinnahmen und höhere Ausgaben anfielen. Daher entfernte man sich trotz (bzw. wegen!) der rigorosen Ausgabenkürzungen immer mehr vom Ziel der Senkung der Staatsschuldenquote. 2011 „explodierte“ die Schuldenquote auf 170 Prozent des BIP und lag 2012 immer noch bei fast 160 Prozent, also deutlich über dem Niveau von 2007 (etwa 107 Prozent) bzw. vor der „Sparpolitik“.

*steigende (!)  
öffentliche  
Verschuldung*

## Mit Solidarität gegen die Zerstörung sozialer Errungenschaften – J. Vorbach

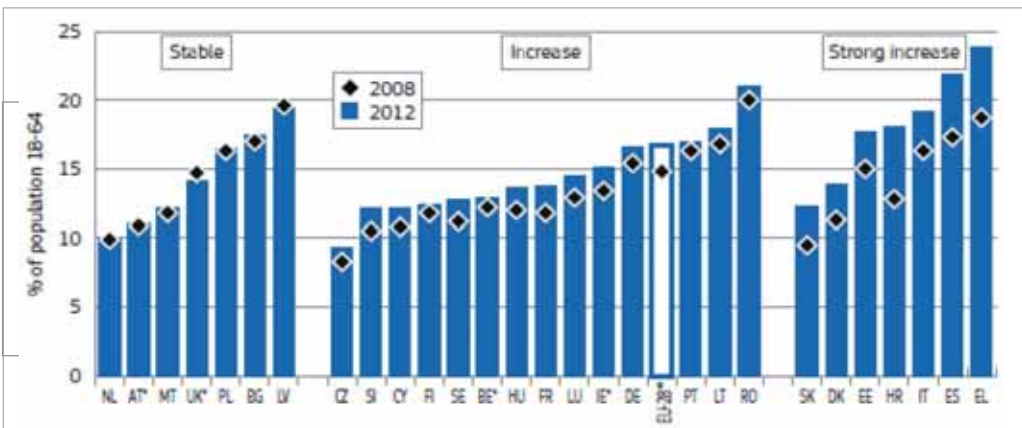
Der Rückgang der griechischen Wirtschaft spiegelt sich aber nicht nur in der Verschuldung, sondern vor allem in der hohen Arbeitslosigkeit wieder, die sich von 2008 auf 2012 verdreifachte, und 2013 fast 28 Prozent ausmachte. Besonders dramatisch ist die Lage bei Jugendlichen mit einer Arbeitslosenquote von fast 60 Prozent im Oktober 2013<sup>18</sup>. Die Grafik zeigt, dass Griechenland mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von um die acht Prozent auch in dieser Hinsicht zum europäischen Spitzenreiter im negativen Sinn wurde.

*Entwicklung der Arbeitslosenquote in den EU-Mitgliedsstaaten zwischen März 2008 und September 2013*



Quelle: Bericht zur sozialen Entwicklung und Beschäftigung 2013 der Europäischen Kommission, S. 36

*Anteil der Erwerbsbevölkerung (von 18 bis 64 Jahren) mit Armutgefährdung, 2008 und 2012*



Quelle: Bericht zur sozialen Entwicklung und Beschäftigung 2013 der Europäischen Kommission, S. 130



Schließlich zeigt auch der starke Anstieg (strong increase) der Armutsgefährdungsquote der Erwerbsbevölkerung auf fast 25 Prozent den erschreckenden sozialen Rückschritt Griechenlands im Vergleich zu den anderen EU-Staaten. Das bedeutet grob ausgedrückt, dass das Einkommen von etwa jedem vierten Griechen/jeder vierten Griechin geringer ist als 60 Prozent des Medianeinkommens. Das ist jene Einkommenshöhe, bei der gleich viele Menschen jeweils geringere und höhere Einkommen aufweisen.

*schlagartiger  
Anstieg von  
Arbeitslosigkeit  
und Armut*

Vor den Suppenküchen bilden sich regelmäßig Schlangen, zahlreiche Haushalte sind ohne Heizung und Strom, viele wohnen bei Familienangehörigen oder Freunden oder sind gänzlich obdachlos. 30 bis 40 Prozent der Menschen haben keine Krankenversicherung. Die Kindersterblichkeit stieg um 40 Prozent, auch die Selbstmordrate nahm drastisch zu. Dies sind nur einige der Schatten, die der Anstieg der Armut wirft.

Und die wirtschaftspolitische Talfahrt geht weiter. Im Dezember 2013 beschloss man im griechischen Parlament einen „Sparhaushalt“ für das Jahr 2014 mit Kürzungen im Volumen von 3 Mrd. Euro, und zwar unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Renten und Löhne,<sup>19</sup> während die Steuereinnahmen um 2,3 Mrd. Euro steigen sollen.<sup>20</sup> Doch dies schien der Troika nicht auszureichen. Sie bemängelt, dass „zugesagte Reformen“ zur Einsparung von weiteren zwei Milliarden Euro noch nicht umgesetzt worden seien.<sup>21</sup> Die Auszahlung längst überfälliger Kredittranchen verzögert sich. Zu den von der Troika geforderten Maßnahmen gehören die Erleichterung von Massenentlassungen in der Privatwirtschaft, die Schließung einer staatlichen Rüstungsfirma und die Wiederzulassung der 2008 ausgesetzten Zwangsversteigerungen, wenn Kredite nicht bedient werden können.<sup>22</sup> Anfang 2014 wird um ein drittes Hilfspaket gerungen, über welches der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble laut nachdenkt, und welches in Griechenland für äußerst kontroverse Diskussionen sorgt. Die Einschätzungen reichen von einem „Versprechen einer endgültigen Lösung“ bis hin zu „Schäuble plant neue Folterrunde“.<sup>23</sup>

*weitere soziale  
Einschnitte von  
Troika gefordert*

## **2.4 Politische Entwicklungen**

Wenig erstaunlich, dass es auch zur Umwälzung der politischen Landschaft kam. Die ehemals stärkste Partei, die sozialdemo-

*Umwälzung in  
der politischen  
Landschaft*

kratische PASOK, die 2009 noch die absolute Stimmenmehrheit erhalten hatte, verlor bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 30,7 Prozent der Stimmen. Schwere Verluste mit fast minus 15 Prozent fuhr auch die konservative Nea Dimokratia (ND) ein. Da nach den Wahlen im Mai keine regierungsfähige Mehrheit zustande kam, wurde im Juni 2012 erneut gewählt, wobei die ND mit fast 30 Prozent der Stimmen als stärkste Partei hervorging, dicht gefolgt von der aufstrebenden linken Partei SYRIZA mit fast 27 Prozent und der PASOK mit 12 Prozent. Die Regierung bildeten schließlich die ND, die PASOK und die Demokratische Linke (DIMAR) mit einer hauchdünnen Mehrheit.

*demokratie-  
politische  
Rückschritte*

Ebenso zeichnen sich demokratiepolitische Rückschritte ab. Es werden Gesetze im Eilverfahren beschlossen und Interessensgruppen aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Zahlreiche Beschlüsse der letzten Jahre gelten als verfassungswidrig. Die Bevölkerung antwortet mit Großdemonstrationen und Generalstreiks. Dem sozialen Protest wird mit Kriminalisierung, Polizeigewalt und Repression begegnet. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International weisen auf die zunehmende Unterdrückung von Protestbewegungen hin.

*Rechts-  
extremismus*

In diesem Klima bekommen rassistische und neonazistische Gruppierungen Aufwind. Die offen faschistische und gewaltbereite Partei „Goldene Morgenröte“ erhielt fast 7 Prozent bei den Parlamentswahlen im Juni 2012. Es entwickeln sich paramilitärische Strukturen. Zu beklagen sind Überfälle vor allem auf MigrantInnen und rassistisch und politisch motivierte Morde.<sup>24</sup> Schlagzeilen machte auch in Mitteleuropa der Mord am bekannten Rapper und Aktivisten Killah P. im September 2013.

### **3. Solidarisch gegen sozialen und demokratischen Rückschritt**

Viele Menschen sehen bzw. haben kaum Perspektiven und resignieren. Im Buch „Durch die Krise kommt keiner allein“ heißt es: „So schnitten wir (Anm.: für einen Film) eine Passage über Menschen, die das Mittagessen für sich und ihre Familien von einer kirchlichen Ausspeisung in Empfang nehmen mussten. Alle waren arbeitslos und ohne Unterstützung. ‚Ausgesteuerte‘ hätte man sie im Österreich der Zwischenkriegszeit genannt. Sako

(Anm.: dem Cutter) fiel es zuerst auf – die Augen aller Befragten hatten eine große Ähnlichkeit miteinander: traurig, umschattet, von tiefer Niedergeschlagenheit gezeichnet. Wir hatten auch vorher schon gewusst, dass die Lage für die auf Hilfe angewiesenen Menschen dramatisch sein musste. Aber das dunkle Licht, das in all diesen Augen flackerte, ließ uns lange nicht los.“<sup>25</sup>

Diese Beschreibung der Niedergeschlagenheit trifft wohl in verschiedenen Ausprägungen auf Tausende Menschen im heutigen Griechenland zu. Einige versuchen ihren Möglichkeiten nach, soweit diese vorhanden sind und der Existenzkampf nicht alle Energie verschlingt, sich zur Wehr setzen. Im Folgenden werden Initiativen vorgestellt, die im Rahmen einer Studienreise nach Thessaloniki im November 2013, die von „weltumspannend arbeiten“ (dem entwicklungspolitischen Verein des ÖGB) organisiert wurde, besucht wurden. Aus den Berichten vor Ort werden Zitate wiedergegeben.

### **3.1 Klinik der Solidarität – Gesundheit ist ein Recht, keine Ware<sup>26</sup>**

Diese ging im Herbst 2011 aus einer Hilfe für MigrantInnen hervor, die sich im Hungerstreik befanden. Seit damals können sich Menschen an die Klinik der Solidarität wenden, ohne dass nach ihrer Versicherung gefragt wird. Angeboten wird Allgemein-, Zahn- und Kindermedizin, Dermatologie, Psychologie und Psychiatrie. Es gibt kostenlose Medikamente und Kinder erhalten Schutzimpfungen, die von staatlicher Seite nicht mehr angeboten werden.

*Hilfe für Menschen ohne Gesundheitsversicherung*

Im Zuge der Krise nehmen immer mehr GriechInnen die Hilfe in Anspruch. Die Klinik versorgt um die 6.000 PatientInnen pro Jahr und verzeichnete 7.500 Besuche. Eine Dentistin: „Früher hatten die Menschen Jobs, jetzt sind sie auf die Klinik angewiesen und verzweifelt. Die Ärzte und Ärztinnen versuchen, ihnen dieses Gefühl zu nehmen.“

Besonders wichtig ist den MitarbeiterInnen der Klinik ihre politische Arbeit, die sich ebenso entschieden gegen Sozialabbau wie gegen Rechtsextremismus wendet. „Wir fordern ein öffentliches, allgemein zugängliches und kostenloses Gesundheitssystem für alle. Gesundheit ist ein Recht und keine Ware“, so die Psychologin Katarina Notopoulou. Und diese Forderung wie auch

*Recht auf  
Gesundheit*

die direkte Hilfe der Klinik der Solidarität ist existentiell, denn: „Die Menschen können sich die Behandlung in den noch offenen Spitälern – ein Teil wurde privatisiert – nicht mehr leisten. Sie würden ohne dieses Angebot unbehandelt bleiben. Manche sterben auch, weil sie nicht behandelt werden.“<sup>27</sup>

Die Klinik ist unabhängig von der Regierung oder Sponsoren. Die Ärzte/Ärztinnen und Pflegekräfte arbeiten ehrenamtlich. Die Klinik in Thessaloniki befindet sich in den Räumlichkeiten des griechischen Gewerkschaftsdachverbandes GSEE, der auch die Grundkosten für den Betrieb trägt. Die Finanzierung erfolgt über private Spenden, die direkt in die Versorgung der PatientInnen fließen. In Österreich besteht über „weltumspannend arbeiten“ ein regelmäßiger Kontakt. Auch ein Spendenkonto wurde eingerichtet.<sup>28</sup>

### **3.2 Schwarze Bildschirme im öffentlichen Rundfunk (ERT)**

*Regierung  
schloss staatli-  
chen Rundfunk*

Im Juni 2013 stellte die griechische Regierung nach 75 Jahren den staatlichen Rundfunk ein, eine noch nie dagewesene Aktion in der Europäischen Union. 3000 MitarbeiterInnen wurden entlassen. Der konservative Regierungschef Antonio Samaras argumentierte dies unter anderem damit, dass dies der „Verschlinkung des Staates“ diene. Vielerorts wird die Räumung als Geste an die EU gedeutet. Einige der (ehemaligen) ERT-MitarbeiterInnen nahmen die Schließung des Senders jedoch nicht hin. Sie besetzten die ERT-Stationen und senden über das Internet. Gleichzeitig wurde ein staatlicher „Ersatzsender“ eingerichtet.

*Stürmung der  
besetzten ERT-  
Stationen*

Im November 2013 wurde die ERT-Zentrale in Athen von einem Sonderkommando gestürmt. Die letzten Worte, die von der ehemaligen Radiostation aus gesendet werden, lauten: „Es ist 5.52 morgens. Die Polizei ist hier. Willkommen Mittelalter.“ Viele fühlen sich an die Ereignisse vom November 1973 erinnert, als die griechische Militärjunta die Proteste von Studierenden der Nationalen Technischen Universität in Athen niederschlug. Während die Regierung in der Stürmung des Senders die Beendigung einer illegalen Besetzung sieht, wird der Umgang mit ERT von der griechischen Öffentlichkeit als autoritär eingestuft.<sup>29</sup>

Die Station in Thessaloniki wird noch weiter betrieben. Sie ist umgeben von Transparenten, während innerhalb die Studios

leer und die Schnittplätze verwaist sind. Ein Journalist erklärt: „Die ganze griechische Gesellschaft ist gespalten. An unserem Beispiel ist dies gut sichtbar. (...) Wir sind von unserer Arbeit überzeugt. (...) Andere sagen, dass Widerstand zwecklos ist.“ Er erzählte, dass der „Ersatzsender“ von einem Gewerkschafter aus Deutschland mit dem DDR-Fernsehen verglichen wurde. Er beschrieb auch die immer schwierigere finanzielle Lage derjenigen, die in den ehemaligen ERT-Stationen verbleiben und weitersenden. Ihnen geht es dabei um nicht weniger als um zentrale demokratische Werte: „Die Meinungsfreiheit in Griechenland muss erhalten bleiben. Die schwarzen Bildschirme passen nicht nach Griechenland. Und sie stehen Europa nicht gut.“<sup>30</sup>

*Kampf um  
Meinungsfreiheit*

### **3.3 VIO.ME – Schicksal in die eigenen Hände nehmen**

VIO.ME ging aus einer Fabrik zur Produktion von Betonteilen hervor, die pleiteging. Seit Mai 2011 ist die Fabrik „ohne Eigentümer und ohne Manager“. Zunächst hatten die ArbeiterInnen versucht, diese zum Weitermachen zu bewegen, danach wurde nach Investoren gesucht. Nachdem beides erfolglos blieb, besetzten sie als Pfand für die ausstehenden Löhne die Fabrik und verhinderten den Abtransport der Maschinen. Sie fassten schließlich den Entschluss, die Fabrik selbst zu übernehmen: „Es dürfen nicht die anderen sein, die bestimmen, was mit unserem Leben passiert.“ Aus der Gründungserklärung von VIO.ME: „Wir übernehmen die Fabrik unter der Bedingung voller Selbstverwaltung und ArbeiterInnenkontrolle, sowohl was die Produktions- als auch die Verwaltungsstrukturen betrifft. (...) Unser oberstes Organ ist die Vollversammlung der ArbeiterInnen.“ Ab Februar 2013 begannen 38 ArbeiterInnen mit der Produktion biologischer Reinigungsmittel, die im Direktverkauf (also ohne Zwischenhandel) vertrieben werden. Den ArbeiterInnen kommt breite Solidarität in Griechenland und weit darüber hinaus zu. Die Zukunft Europas sehen sie düster: „Es wird alles noch schlimmer kommen. Und es wird irgendwann ganz Europa betreffen, und nicht nur Griechenland. (...) In ganz Europa sind die ArbeiterInnen unter großem Druck. Europa frisst seinen eigenen Körper.“

*unter der  
Kontrolle der  
ArbeiterInnen*

### **3.4 Bazar without middlemen – We want our life back!**

Auch die Gruppe rund um den „Bazar without middleman“ schreitet zur Eigeninitiative und versucht sich mit dem Direktverkauf von

*Kampf gegen  
sozialen Abstieg*

Lebensmitteln und Pflegeprodukten gegen Frustration und sozialen Abstieg zu stemmen. Darunter ein ehemaliger Baumeister, der jahrzehntelang die Leitung von Baustellen innehatte und nun seit einem Monat arbeitslos ist. Nun verkauft er unter anderem in den Räumlichkeiten einer Nachbarschaftsinitiative Lebensmittel und Pflegeprodukte aus Olivenöl. Ebenso in dieser Gruppe finden sich ein Ex-Reisejournalist, eine arbeitslose Psychologin und ein ehemaliger Uni-Professor. „We want our life back! ... We love Greece“, steht mit Kreide an die Wand geschrieben.<sup>31</sup>

*Ort der  
Solidarität*

### **3.5 Heterotopia – Andersort**

Auch hier wehrt man sich solidarisch gegen den Abschwung und unterstützt sich gegenseitig und andere. Auch diese Initiative baut auf Selbstverwaltung und Ehrenamt. Geboten wird ein Platz für soziale Bewegungen. Die Einnahmen aus der Bar werden für die Betriebskosten verwendet. Die Aktivitäten, die in den Räumlichkeiten stattfinden, reichen von Lernhilfen für Kinder, Kleidersammlungen – wobei man betont, dies geschehe auf solidarischer und nicht auf karitativer Basis –, einem Bücherbazar über ein Filmangebot, Theaterwerkstätten, Tanzworkshops, Bands bis hin zu einer Gemeinschaftsküche, die Speisen zu niedrigen Preisen anbietet. Darüber hinaus werden zum Beispiel auch die Reinigungsmittel von VIO.ME angeboten, und man begibt sich auf „Warensuche“ in Supermärkte, wo Produkte von den anderen KonsumentInnen an die Leute für den „Andersort“ übergeben werden.

### **3.6 Umweltschutz und Wasserversorgung – Solidarity is our strongest weapon!**

*Widerstand  
gegen die  
Zerstörung der  
ökologischen  
Grundlagen*

Die Chalkidiki wird als „Balkon“ von Thessaloniki bezeichnet. Es gilt als Wasserquelle der Region, es wird Landwirtschaft betrieben. 2012 begann die kanadische Firma „Eldorado Gold“ damit, Gold abzubauen. Die Folgen für die Ökologie sind verheerend und reichen von der Entwässerung ganzer Landstriche, toxischen Abwässern über die Belastung mit Schwermetallen und Zyanid bis hin zu großen Staubmengen. In Studien wird belegt, dass der Goldabbau weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist. Sauer stößt auch angesichts der prekären finanziellen Lage Griechenlands auf, dass dieses wertvolle Naturgebiet zum Spottpreis von 11 Millionen Euro „verscherbelt“ wurde, ohne dass sich der Staat einen Gewinnanteil am Goldabbau sicherte. Die

Menschen vor Ort wehren sich verzweifelt gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Die Protestinitiative umfasst etwa 2000 Leute aus allen Parteien und auch aus anderen Ländern. Im März 2013 kam es zu einem besonders brutalen Polizeieinsatz, der in der neueren griechischen Geschichte als einmalig gilt. „Es gab nächtliche Verhaftungen von AktivistInnen und unbeteiligten Leuten, mit längeren Haftzeiten. Für diese Menschen gefährdet das die Existenz. Die Vorgehensweise des Staates ist ein Rückfall in die Militärdiktatur!“, so ein Mitglied der Bewegung SOS Chalkidiki. Sie beklagt auch, dass versucht wird, die Menschen zu spalten und gegeneinander auszuspielen, aber: „Wir gehen nicht weg. Die kanadische Firma muss gehen. Solidarity is our strongest weapon!“

Ebenso massiver Protest formiert sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Zur Wehr setzen sich neben der Bevölkerung auch die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben.

*gegen die Privatisierung von Wasser*

#### 4. Resümee

Die negativen Folgen der „Krisenbekämpfung“ entlang neoliberaler Wirtschaftsparadigmen werden hierzulande vielfach unterschätzt. Tatsächlich bringen Austeritätspolitik und die „Strukturreformen“ massive soziale Rückschritte. Demokratische Grundwerte und gewerkschaftliche Grundrechte werden schockierend einfach und EU-weit kaum kommentiert ausgehebelt. Die Basis dafür bildet das im Mai 2010 einsetzende Schüren nationaler Ressentiments. Allzu schnell verfestigte sich das Bild, die Krise sei Folge von Charakterschwächen, die den Menschen aus Griechenland generell unterstellt werden. Nationale Vorurteile sind somit ein Nährboden zur Durchsetzung von (drastischem) Sozialabbau bei den jeweils anderen, und schließlich in immer weiteren Teilen Europas.

*Grundwerte werden ausgehebelt*

Dieser Entwicklung, die letztlich den Menschen in Europa insgesamt schadet, kann am besten im direkten Kontakt und inhaltlichen Austausch begegnet werden. Denn Ziel muss sein, die Solidarität in Europa zu stärken. Das bedeutet einerseits, dass die Menschen in Europa sich gegenseitig unterstützen, und andererseits, dass sie gemeinsam für ein Europa mit fairer Verteilung von Einkommen und Vermögen und soliden sozialen

*solidarisch für eine faire Politik in Europa*

Sicherungssystemen in allen Staaten eintreten. Von den griechischen Initiativen kann dabei noch einiges gelernt werden.

#### Anmerkungen

1. Vgl. Rathner C., Durch die Krise kommt keiner allein. Was Griechenland Europa lehrt, Wien 2013, S. 16.
2. Lindner F., Wie die Eurokrise entstand. Der Bankenvirus aus Übersee, in: Arbeit & Wirtschaft, Blog, Juli 2013
3. Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=de&pcode=teina225&tableSelection=1>
4. Lindner F., Wie die Eurokrise entstand. Der Bankenvirus aus Übersee, in: Arbeit & Wirtschaft, Blog, Juli 2013
5. Achim Truger, Foliensatz, ursprüngliche Quelle: EZB
6. Vgl. dazu ausführlich Oberndorfer L., Vorbach J., Die neoliberale Integration Europas. Die Krise hat System, in: WISO 2013, Nr. 3, S. 67–81
7. Handelsblatt 7.5.2010, Rüttgers droht die Abwahl, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dramatischer-endspurt-ruettgers-droht-die-abwahl/3430452.html>
8. Die Welt 27.2.2010, Tricksen und Täuschen hat Tradition, [http://www.welt.de/welt\\_print/wirtschaft/article6583252/Tricksen-und-Taeuschen-hat-Tradition.html](http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article6583252/Tricksen-und-Taeuschen-hat-Tradition.html)
9. Bild.de 27.10.2010, Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit! <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland-krise/regierung-athen-sparen-verkauft-inseln-pleite-akropolis-11692338.bild.html>
10. Kronen Zeitung 20.10.2012, Scharfe Worte. Fekter: „Griechen aus Hängematte geflogen“ [http://www.krone.at/Nachrichten/Fekter\\_Griechen\\_aus\\_Haengematte\\_geflogen-Scharfe\\_Worte-Story-338160](http://www.krone.at/Nachrichten/Fekter_Griechen_aus_Haengematte_geflogen-Scharfe_Worte-Story-338160)
11. Handelsblatt 10.12.2013, IWF setzt sich von Merkel ab
12. Niedermoser K., Autoritär und neoliberal. Die Krisenbearbeitung in Griechenland, Oktober 2013, Blog Arbeit & Wirtschaft, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/autoritaer-und-neoliberal-die-krisenbearbeitung-in-griechenland/>
13. Vgl. Handelsblatt, Griechische Regierung vor Einigung im Sparpaket-Streit, 27.9.2012
14. Süddeutsche.de 6. Juli 2013, Finanzkrise in Europa – Wenn Sparen tötet, <http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/finanzkrise-in-europa-wenn-sparen-toetet-1.1713150>
15. Hermann C., Hinrichs K., Brosig M., Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen, November 2012
16. Attac, Griechenland-„Rettung“: 77 Prozent flossen in den Finanzsektor, 17.6.2013, <http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/17/griechenland-rettung.html>
17. Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00115>
18. Eurostat, Pressemitteilung Euroindikatoren, 31. Jänner 2014, Dezember 2013. Arbeitslosenquote des Euroraums bei 12,0%, EU28 bei 10,7%, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-31012014-AP/DE/3-31012014-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31012014-AP/DE/3-31012014-AP-DE.PDF)
19. Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.12.2013, Griechenland billigt Haushalt
20. Handelsblatt 9.12.2013, Tauziehen mit der Troika. Die Regierung will auch 2014 sparen, verweigert aber Zwangsversteigerungen
21. Der Standard 8.12.2013, Troika stoppt Athen und beäugt Rom
22. Der Tagesspiegel 2.12.2013, Wirtschaft. Warten auf die Troika
23. Spiegel online 3.2.2014, Drittes Hilfspaket. Griechenland will mit Erfolgsmeldungen überwältigen
24. Niedermoser K., Griechenland als Symbol für die Krise, Die Auswirkungen



der Krisenbearbeitung in Griechenland, in: Gegenblende, 27. Februar 2013, <http://www.gegenblende.de/19-2013/++co++747e3b70-800c-11e2-bda0-52540066f352>

25. Vgl. Rathner C., *Durch die Krise kommt keiner allein. Was Griechenland Europa lehrt*, Wien 2013, S. 9
26. <http://www.klinik-der-solidaritaet.at/>; <https://www.facebook.com/klinikdersolidaritaet>
27. OÖN 17.12.2013, Notopoulou: „Manche sterben, weil sie nicht behandelt werden“. Initiative aus Österreich unterstützt „Klinik der Solidarität“ im kriselnden Griechenland
28. Die Daten des Spendenkontos: weltumspannend arbeiten, Kontonummer: 46610093809, BLZ: 14.000 (BAWAG P.S.K.), IBAN: AT091400046610093809, BIC: BAWAATWW
29. Spiegel online, 7. November 2013, Räumung von griechischem Staatsfunk, „Wie in einem Bananenstaat“
30. Vgl. Journal Panorama vom 2. Dezember 2013, Eine griechische Tragödie. Kein Geld für den Arzt.
31. Janko C., „Wir wollen unser Leben zurück!“, in: *Arbeit&Wirtschaft* 10/2013, S. 42/43

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO  
 1 ISW Publikationsverzeichnis
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)  
 Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
 Tel. ++43/732/66 92 73  
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
 E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)  
 Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)